

# Correspondenzblatt

der

## Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Das Blatt erscheint  
jeden Sonnabend.

Redaktion: **V. Umbreit,**  
Berlin SO. 16, Engelufer 15.

Abonnementspreis  
pro Quartal Mk. 2,50.

### Inhalt:

	Seite		Seite
Der siebente Internationale Bericht über die Gewerkschaftsbewegung vom Jahre 1909. II. (Schluß)	497	Gewerbegerichtliches. Wahl in Hirschleben. — Präziser Fassung der Tarifverträge	506
Arbeiterbewegung. Aus den deutschen Gewerkschaften. — Ein Besuch französischer Gewerkschaftler in Berlin. — Die moderne Gewerkschaftsbewegung in Holland. — Aus der schweizerischen Gewerkschaftsbewegung	501	Anderer Organisationen. Christliche Geständnisse	506
Kongresse. Französische Gewerkschaftskonferenz	505	Mitteilungen. Unterstützungsvereinigung. — Protokoll des 8. Gewerkschaftskongresses	508
		Hierzu: Statistische Beilage Nr. 6: Die Gewerkschaftsorganisationen im Deutschen Reich im Jahre 1910.	

### Der siebente Internationale Bericht über die Gewerkschaftsbewegung vom Jahre 1909.

#### II.

An der Landesberichterstattung sind diesmal alle angeschlossenen Länder ohne Ausnahme beteiligt.

Der Bericht von England verweist auf die vielfach ungünstig verlaufenen Lohnbewegungen, in deren Folge zahlreiche Gewerbe Lohnkürzungen über sich ergehen lassen mußten. Trotzdem konnten für 559 679 Arbeiter Verkürzungen der Arbeitszeit im Gesamteffekt von 2 392 322 Stunden herbeigeführt werden, während für 4212 Arbeiter die Arbeitszeit verlängert wurde. Die durchschnittliche Arbeitsdauer wird auf 52 1/2 Stunden angegeben. Nach der Arbeitslosenstatistik waren im Jahre 1908: 9,5 Proz., 1909 dagegen nur noch 6,5 Proz. der beteiligten Arbeiter arbeitslos. An der Statistik nicht beteiligt sind Streikende, Ausgesperrte, Kranke und Ausgeherrte, ebensowenig die große Masse der Unorganisierten. Bedeutsam war die im Berichtsjahr erfolgte Errichtung der staatlichen Arbeitsbörsen, die den ersten Schritt zur staatlichen Invaliden- und Arbeitslosenversicherung darstellen. Die Ausführung derselben hat in Gewerkschaftskreisen scharfen Widerspruch hervorgerufen, da bei den Beratern die Arbeiterforderungen nicht berücksichtigt wurden und auch die Verwaltung sehr bureaukratisch vorging. Der Gewerkschaftskongress beschloß denn auch mit 1 147 000 gegen 272 000 Stimmen ein Mißbilligungsvotum.

Ueber die neu errichteten Lohnämter für Festsetzung von Arbeitszeit und Stücklöhnen urteilt der Bericht sehr pessimistisch. Im Kettenmachergewerbe mußten die Arbeiter den vom Lohnamt festgesetzten Mindestlohn erst durch Streik erzwingen. Beide Arbeitsbörsen und Lohnämter, hätten aber wenigstens die Zwecklosigkeit aller Versuche demonstriert, ein goldenes Zeitalter auf dem einfachen Wege gesetzlicher Maßnahmen zu erreichen.

Nach kurzer Würdigung der durch das Osborneurteil geschaffenen Situation kommt der Berichtserlatter auf den schwedischen Großstreik zu sprechen und äußert sein Bedauern über die Geringfügigkeit der englischen Unterstützungsaktion, die er durch die eben überstandene Arbeitslosigkeitsperiode, durch zahlreiche Kämpfe im eigenen Lande (bei der General Federation seien allein 618 Konflikte gemeldet gewesen, darunter solche im Schiffsbau und in der Baumwollenindustrie mit mehr als 150 000 Beteiligten), sowie durch die statutarischen Schwierigkeiten der meisten Gewerkschaften, Mittel für fremde Gewerkschaften flüssig zu machen, entschuldigt.

Der Bericht für Frankreich verzeichnet eine Zunahme von 426 Gewerkschaften und 65 100 Mitgliedern. Größere Aktionen, so die Proteibewegung für die Opfer von Barcelona, der Boykott gegen die spanische Schifffahrt, die Agitation gegen das Altersversorgungsgezet, wurden mit Hilfe der Kartelle durchgeführt. An freiwilligen Beiträgen für Streiks gingen bei der Konföderation im Berichtsjahre 20 057 Frank ein. Eine im Juni 1909 veranstaltete Konferenz der Verbände und Kartelle beschloß die Einführung einheitlicher Mitgliedskarten und Beitragsmarken, die Erhöhung des Beitrags der Verbände an die C. G. T. von 4 auf 6 Frank pro 1000 Mitglieder und pro Monat und der Kartelle und Arbeitsbörsen von 35 Centimes monatlich pro Gewerkschaft auf 5 Centimes pro Mitglied und Jahr, und die Einführung einer Reiseunterstützung innerhalb der C. G. T. Mit Ausnahme der letzteren sind diese Beschlüsse bereits durchgeführt.

Der Bericht aus Belgien klagt über mangelnde Statistik; zahlreiche Gewerkschaften haben die Fragebogen gar nicht beantwortet. Man hofft, daß die Umwandlung der Föderationen in feste Verbände diesen anormalen Zustand beseitigen wird. Die Zahl der beschäftigten Arbeiter wird auf 822 976 angegeben, von denen 105 511 den Klassenbewußten Gewerkschaften und 36 417 den Christlichen angehören. Für wirtschaftliche Kämpfe wurden 1909 432 616 Frank, für Arbeitslosenunterstützung 275 636 Frank verausgabt. Die Kassenbestände betragen 5 631 700 Frank.

Ist sie nicht einstimmig, kann eine Arbeitseinstellung erfolgen.

4b. Vorschlag der Minderheit: In Interessentkonflikten sind die Parteien in ihren Entschliessungen frei, nachdem die Verhandlungen vor dem Vermittlungsrat resultatlos verlaufen sind. Arbeitseinstellung kann dann stattfinden. Einigen sich beide Parteien dahin, die Sache vor den Schiedsgerichtsrat zu bringen, ist dessen Entscheidung bindend.

Auch aus Finland wird über hohe Arbeitslosigkeit berichtet, in deren Folge die Mitgliederzahl der Gewerkschaften um mehr als 4000 zurückging. Die Arbeitslosigkeit stieg bei den Metallarbeitern auf 42,2 Proz. (Januar), bei den Steinarbeitern auf 53,3 Proz. (Dezember), bei den Papierarbeitern auf 48,2 Proz. (Januar), bei den Sägemühlenarbeitern auf 66,4 Proz. (April), bei den Holzarbeitern auf 42,9 Proz. (Januar), bei den Maurern auf 76,2 Proz. (Januar), bei den Malern auf 79,8 Proz. (Januar) und bei den übrigen Arbeitern auf 66,7 Proz. (April). Die Zahl der Arbeitseinstellungen betrug 51 mit 3003 beteiligten Arbeitern. Davon hatten 43 Lohnstreitigkeiten und 12 Differenzen über die Arbeitsdauer zur Ursache. Erfolgreich endeten 5, erfolglos 30, mit einem Vertrag 16. Nach einer Lohnstatistik betragen die durchschnittlichen Stundenlöhne der Metallarbeiter 40—44, Steinarbeiter 48—55, Papierarbeiter 34—37, Sägemühlenarbeiter 32—42, Holzarbeiter 43—47, Maurer 48—70, Maler 53—65 und diverser Arbeiter 38—51 Penni. Auch lokal schwanken die Löhne natürlich sehr stark. So betrug der durchschnittliche Stundenlohn in Helsingfors 51—58, in Tammerfors 40—44, in allen Städten 44—49, in den Landbezirken 37—48 und im ganzen Reiche 41 bis 47 Penni. Das durchschnittliche Jahreseinkommen eines Arbeiters erreicht in Helsingfors 1499,70 Mark (finnisch), in Abo 1261,80 Mk., in Tammerfors 1188,50 Mk., in den übrigen Städten 1208,60 Mark, in den Landbezirken 1122,10 Mk. und im ganzen Reich 1226,80 Mk. Für Wohnungsmiete müssen im ganzen Reiche 12,1 Proz., in Helsingfors 18,1 Proz., in Abo 12,6 Proz., in Tammerfors 13,1 Prozent, in den übrigen Städten 11,8 Proz. und in den Landbezirken 7,2 Proz. des Einkommens aufgewendet werden. Die tägliche Arbeitsdauer beträgt bei den Metallarbeitern 9,4—9,6<sup>h</sup> Stunden, Steinarbeitern 7,4—9,4 Stunden, Papierarbeitern 8,6 bis 9,5 Stunden, Sägemühlenarbeitern 9,8—10,1 Stunden, Holzarbeitern 8,7—9,5 Stunden, Maurern 8,3 bis 9,3 Stunden, Malern 7,0—9,4 Stunden und bei sonstigen Arbeitern 7,8—9,7 Stunden. In Tammerfors schwankt sie zwischen 9—9,4 Stunden, in Helsingfors 8,7—9,1 Stunden, in sämtlichen Städten 8,9—9,4 Stunden, in den Landbezirken 8,8—9,5 Stunden und im ganzen Reiche 8,8—9,4 Stunden.

Der zweite Kongress der Landesorganisation beschloß die Erhöhung der Beiträge und Uebertrittsregelungen sowie den Anschluß an das internationale Sekretariat, endlich eine Klärung des Verhältnisses zur sozialdemokratischen Partei. Auf gesetzgebendem Gebiete trat im Berichtsjahr ein Gesetz in Kraft, das die Arbeitszeit in Bädereien regelt.

Die Berichte von Deutschland und Oesterreich können wir in Rücksicht auf die in diesem Blatte bereits früher veröffentlichten Abhandlungen übergehen. Von Deutschland wird über die Arbeitslosigkeit, über die Entwicklung der Centralverbände, Gewerkschaftskartelle und Arbeitersekretariate, über die gewerkschaftlichen Kartelle, über Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen, über Tarifverträge, über die gesamte Gewerkschaftsbewegung und über die sozial-

politische Gesetzgebung berichtet. Aus Oesterreich liegen Mitteilungen vor über die gewerkschaftliche Organisation im allgemeinen, Streiks und Aussperrungen, Kollektivverträge und über den Stand der Sozialpolitik.

Der Bericht von Bosnien-Herzegowina teilt mit, daß mit Ausnahme der Buchdrucker und Eisenbahner alle Gewerkschaften der Landesorganisation angehören und daß auch der Beitritt der beiden ersteren bereits in deren Kreisen erörtert wird. Am 1. Januar 1910 trat das neue Gesetz über die obligatorische Krankenversicherung in Kraft. Die Krankenverwaltung besteht zu zwei Dritteln aus Versicherten und zu einem Drittel aus Arbeitgebern. Die Wahlen verliefen in 4 von den 6 errichteten Kreiskrankenkassen günstig für die Gewerkschaften. Lohnbewegungen fanden nur wenige statt. Die Dauer der Arbeitszeit beträgt bei den Tischlern und Bäckern 9—10 Stunden, bei den Vergleuten und Eisenbahnwerkstattarbeitern 9 Stunden, Tabakarbeitern acht Stunden, Malern, Schlossern, Schneidern, Lederarbeitern, Brauereiarbeitern und Baugewerben 9, 10 bis 11 Stunden, bei Sägewerk- und anderen Fabrikarbeitern 10—12 Stunden und Ziegelarbeitern 13 Stunden. Durchschnittlich 8 Stunden arbeiten 1500 Arbeiter, 9 Stunden 4300 Arbeiter, 10 Stunden 9500 Arbeiter, 10—12 Stunden 15 000 Arbeiter, die übrigen über 12 Stunden. Die Löhne betragen bei den Tischlern 4,40 Kronen, bei Bauarbeitern und Schneidern 5 Kronen, bei Schuhmachern 2—3 Kronen, bei Schlossern und Schmieden 3—5 Kronen, bei Malern 4—5 Kronen, bei Vergleuten 2—3,60 Kronen, bei Tabakarbeitern 0,80—3 Kronen und bei Fabrikarbeitern und Tagelöhnern 1,40—3 Kronen. In den letzten 5 Jahren sind Lohnaufbesserungen von 30—50 Proz. erreicht, gewiß ein schöner Erfolg der intensiven Organisationsarbeit!

Auch der Bericht aus Ungarn klagt über schlechte Wirtschaftskontunktur, die die Arbeiterschaft hinderte, den Kampf um die notwendige Verbesserung der Lebenshaltung zu führen. Der Ministerpräsident Khuen-Hedervary hatte bei seinem Amtsantritt im Parlament eine liberalere Handhabung des Vereinigungsrechts in Aussicht gestellt. Daraufhin richtete der Gewerkschaftsrat eine längere Eingabe an diesen Herrn mit einer Darlegung der gesetzlichen und behördlichen Beschränkungen und dem Ersuchen, seinen Worten nun auch die Tat folgen zu lassen. Ueber einen Erfolg dieser Eingabe kann noch nicht berichtet werden. Die Gewerkschaften haben, wie bereits dargelegt wurde, erhebliche Mitgliederverluste zu verzeichnen. Die Zahl der Streiks betrug 181, die der Aussperrungen 32 mit insgesamt 13 419 Beteiligten und 418 888 verlorenen Arbeitstagen. 5557 Arbeiter erzielten täglich 3066 Stunden Arbeitszeitverfürzung und 10 140 Arbeiter täglich 3171,38 Kr. Lohnerhöhung.

In Kroatien-Slawonien hielt die Krisis im Berichtsjahre noch ungeschwächt an. Immerhin gelang es, die Gewerkschaften ohne Verluste zu erhalten, wenn auch größere Aktionen nicht möglich wurden. Am 1. Juli trat das Arbeiterversicherungs-gesetz in Kraft, 2 Jahre später als in Ungarn, aber mit allen Mängeln des ungarischen Gesetzes.

Aus Serbien wird nicht minder Klage über die Krisis geführt, die durch die Kriegsgefahr infolge der österreichischen Annexion Bosniens verstärkt wurde. Die Folgen der Krise machten sich bis zum Jahreschlusse fühlbar. Trotzdem konnten die Mitgliederzahlen und Massenbestände der Gewerkschaften erheblich verstärkt werden. Auch wurden 40 Streiks

Auf dem Gebiete der Gesetzgebung brachte das Gewerbevertragsgesetz vom 15. Mai 1910 eine Reform des Wahlrechts und eine Ausdehnung der Gerichtsbarkeit, wobei das Verhältniswahlssystem eingeführt wurde, aber auch Arbeiterinnen das aktive Wahlrecht erhielten.

Aus den Niederlanden wird über die Fortschritte der gewerkschaftlichen Organisation, über die Lohnbewegungen und -kämpfe, über die Gewerkschaftskartelle und über die Heimarbeit ausstellung des Jahres 1909 berichtet. Bezüglich der ersteren verweisen wir auf den besonderen Artikel in dieser Nummer. Die Zahl der Streiks wird auf 135 angegeben, davon fanden 50 in Baubetrieben statt. Von 117 Streiks ist der Ausgang bekannt; 37 hatten vollen, 43 teilweisen und 35 keinen Erfolg. Die Zahl der Aussperrungen betrug 45. Das neue Gesetz über den Arbeitsvertrag gab den Unternehmern Anlaß, gestützt auf ihre Centrale, einen den Arbeitern ungünstigen Kontrakt aufzustellen, den sie den Arbeitern aufzuzwingen versuchten. Lediglich unsere Gewerkschaften führten den Kampf gegen diese Kontrakte. Die Zahl der Kartelle ist bereits 40. Die Heimarbeit ausstellung hat außerordentlich großes Glanz aufgebracht und dürfte den Anlaß zu eingreifenden Reformen geben.

In Dänemark brachte das Jahr 1909 für die Arbeiterklasse wieder recht ungünstige Verhältnisse. Die Arbeitslosigkeit war in der ersten Jahreshälfte noch größer als 1908 und stieg auch gegen Ende des Jahres wieder recht hoch. Der Höchststand war der Februar mit 23,28 Proz., der Tiefstand der Juli mit 8,16 Proz. Der von der Staatskasse an die gewerkschaftlichen Arbeitslosenkassen geleistete Zuschuß betrug 576 119 Kronen. Durch Gesetz vom 8. Mai 1909 wurden die Gemeinden verpflichtet, außerordentliche Beihilfen zu leisten. Neuerdings wenden die Arbeitslosenkassen ihre Aufmerksamkeit wieder mehr dem Arbeitsnachweis zu. An Lohnbewegungen waren 37 Organisationen mit 31 871 Mitgliedern beteiligt, davon 28 771 ohne Konflikt. 14 279 Mitglieder erzielten Vorteile, davon 13 177 ohne Arbeits-einstellung. Für 8200 Mitglieder wurde der Minimallohn erhöht, für 897 die Arbeitszeit verkürzt und für 1235 die Affordlöhne erhöht. Zur Unterhaltung von Kämpfen wurden 936 836 Kronen aufgewandt, wovon 843 752 Kronen nach Schweden gingen. Ein Beschluß, für die gewerkschaftliche, politische und genossenschaftliche Arbeiterbewegung ein Archiv einzurichten, wurde im Berichtsjahr verwirklicht. Im weiteren wird über die Ergebnisse einer Umfrage betr. die Revision des Fabrikgesetzes und über die Wirksamkeit des neuen kombinierten Ausschusses der beiden Centralen der Arbeitgeber- und der Gewerkschaftsverbände berichtet. Einige Zahlen aus der Gewerbezahlung 1906 geben Auskunft über den Umfang der Heimarbeit in Dänemark.

Der Bericht Schwedens befaßt sich in der Hauptsache mit der Entwicklung, dem Verlauf und den Folgen der Riesenausperrung und des Großstreiks, über den unsere Leser hinreichend unterrichtet sind. Um die Mittel zur Führung der zahlreichen Kämpfe aufzubringen, mußten Extrabeiträge erhoben werden und zwar wurden von den vollzahlenden Mitgliedern 50 Oere wöchentlich auf 8 Wochen und 1 Krone wöchentlich auf 14 Wochen erhoben. Im ganzen hatte jedes vollzahlende Mitglied 15,50 Kronen und jedes halbzahlende 7,75 Kronen an Extrabeiträgen zu leisten. Von diesen Extrabeiträgen erhielten die Verbände 1 778 568 Kronen und die Landescentrale 258 194 Kronen. Die Riesenkämpfe sind an den Ge-

werkschaften natürlich nicht spurlos vorübergegangen. Viele Mitglieder wurden von den Arbeitgebern gezwungen, aus ihrer Gewerkschaft auszutreten, andere wurden durch längere Arbeitslosigkeit dazu genötigt. Tausende mußten wegen restierender Beiträge gestrichen werden und nicht wenige haben das Land gänzlich verlassen. Aus diesen Gründen ging die Mitgliederzahl um 61 697 zurück. Der Bericht erblickt in dem Umstande, daß der Rückgang nicht ein noch größerer war, einen Beweis für die innere Kraft der schwedischen Gewerkschaften. Ein bestimmtes Urteil über die künftigen Wirkungen dieser Vorgänge auf gewerkschaftlichem Gebiete zu fällen, sei verfrüht, aber mit unwiderstehlicher Schärfe sei für die Arbeiter die Notwendigkeit starker, finanziell gut gerüsteter Organisationen hervorgetreten, — Organisationen mit guter Verbindung unter sich und unter einheitlicher Leitung.

Aus Norwegen wird über die Entwicklung der Gewerkschaften und der Landesorganisation, Lohnbewegungen, Tarifverträge, über die internationale Solidarität, über die Arbeitslosenzuschüsse und die Gesetzgebung auf sozialem Gebiete berichtet. Ueber letztere geben die bereits veröffentlichten Tabellen Auskunft. Die Zahl der Lohnbewegungen betrug 164 mit 9849 Beteiligten, davon 76 mit Arbeits-einstellung, an denen 3640 Arbeiter beteiligt waren. Diese Streiks verursachten 219 713 Kronen Ausgaben, wovon 138 231 Kronen die Kasse der Landesorganisation zu tragen hatte. Es wurden 119 Tarifverträge abgeschlossen, die den Arbeitern 635 598 Kronen Lohnerhöhungen (pro Kopf 70 Kronen) brachten. In 35 Tarifen wurden Arbeitszeitverkürzungen festgesetzt und zwar 8350 Stunden pro Woche oder 3¼ Stunden pro Kopf. Die Gesamtzahl der bestehenden Tarifverträge wird pro Ende 1909 auf 453 für 48 917 Arbeiter angegeben.

Ueber die Höhe der an die gewerkschaftlichen Arbeitslosenkassen gezahlten Staatszuschüsse fehlt es noch an genauen Angaben. Nach vorläufiger Uebersicht sind vom 1. November 1908 bis 1. Oktober 1909 Zuschüsse in Höhe von etwa 38 000 Kronen gezahlt worden. In der Sozialgesetzgebung wurde am 18. September 1909 das Krankenversicherungsgesetz verabschiedet, das am 1. Juli 1911 in Kraft trat. Es sieht die Zwangsversicherung für alle Lohnarbeiter über 15 Jahre vor. Die Revision der Gewerbeinspektion hat zu wesentlichen Reformen nicht geführt. Ueber die von der Inspektion erlassenen Arbeitsreglements entscheidet an Stelle des Ministers ein Arbeitsrat aus je zwei Arbeitgebern und Arbeitern. Ein Kommissionsentwurf betr. öffentliche Vermittelung und schiedsgerichtliche Erledigung bei Arbeitskonflikten, der zur Diskussion gestellt ist, sieht folgende Vorschläge vor:

1. Es werden Vermittelungsräte und ein Schiedsgerichtsrat eingesetzt, denen die Behandlung von Konflikten, die nicht auf organisationsmäßigem Wege gelöst werden können, übertragen werden soll.

2. Eine Arbeits-einstellung darf nicht stattfinden, bevor ein Konflikt im Vermittelungsrate resultatlos verhandelt worden ist.

3. Rechtskonflikte (betreffend die Auslegung und Vergehen gegen bestehende Verträge) sollen nicht zur Arbeits-einstellung führen, sondern sind in letzter Instanz vom Schiedsgerichtsrat zu entscheiden.

4a. Vorschlag der Mehrheit: Interessentkonflikte (die Regelung des Arbeitslohnes, der Arbeitsbedingungen oder Arbeitsverhältnisse betreffend) sind in letzter Instanz vor den Schiedsgerichtsrat zu bringen; wird dessen Entscheidung einstimmig gefaßt, ist sie für beide Parteien bindend.

geführt, an denen etwa ein Viertel aller organisierten Arbeiter beteiligt waren; hiervon wurden 13 gewonnen und 27 gingen verloren. Der Organisation werden fortgesetzt Hindernisse bereitet. Eine Ministerverordnung verbot den Grubenarbeitern das Koalitionsrecht. Der Kampf um die Arbeitsgesetzgebung nimmt die vollen Kräfte von Partei und Gewerkschaften in Anspruch.

**Rumänien** tritt zum erstenmal in den Kreis der berichtenden Länder ein. Von etwa 200 000 Arbeitern gehören 8515 den Gewerkschaften an. Davon kommen fast die Hälfte auf die Eisenbahner (3979). Die Bauernbewegung des Jahres 1907, bei welcher nach offizieller Statistik 15 000 Bauern getötet wurden, hat die Stellung der liberalen Bourgeoisie zur Arbeiterbewegung enthüllt. Gefängnisstrafen, Ausweisungen, Unterdrückungen folgten aufeinander. Die Gewerkschaften haben auch diese Periode überdauert. Auf gesellschaftlichem Gebiete wurde nach langen Kämpfen ein Gesetz über die Sonntagsruhe erreicht; demgegenüber setzten die bürgerlichen Parteien ein gesellschaftliches Koalitionsverbot der Arbeiter öffentlicher Dienste durch, das infolge der Protestkundgebungen der Arbeiterbewegung später abgeändert wurde. Die Organisation der Landarbeiter konnte noch nicht in die Hand genommen werden. Die Bewegung macht gute Fortschritte und dementsprechend bessert sich auch die allgemeine Lage der Arbeiter.

Aus **Bulgarien** wird berichtet, daß die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder im Jahre 1909 um 47,6 Prozent gestiegen ist. Der Bericht schreibt diesen Erfolg der fruchtbaren Taktik des Gewerkschaftsbundes zu im Gegensatz zu den Bestrebungen der „engherzigen Sozialisten“. Besonders wichtig sei das Eindringen der Organisation in die Kreise der Textil- und Hafnarbeiter sowie Seeleute. Streiks fanden 73 mit 618 Beteiligten, 6367 Tagen Arbeitsverlust und 13 433 Frank Lohnverlust statt. 44 Streiks wurden gewonnen, 29 verloren. Für Streikunterstützung brauchten nur 3576 Frank, für andere Unterstützungen mußten dagegen 10 366 Frank verausgabt werden.

Die Verbände der Staatsangestellten (Eisenbahner, Post-, Telegraphen- und Telephonbeamte, Lehrer, Gemeinde- und Staatsbeamte) haben einen Bund gegründet. Ein Versuch der Regierung, diese Organisationen zu unterdrücken, scheiterte an der gemeinsamen Protestbewegung der gesamten Arbeiterbewegung. Der Bund, der 10 201 Mitglieder zählt, steht in inniger Freundschaft zum Gewerkschaftsbund. Der Rest des Berichts ist dem Streit mit dem Gewerkschaftsbund der „Engherzigen“ gewidmet, dessen Broschüre gegen den Gewerkschaftsbund zurückgewiesen wird.

Dem Bericht aus der **Schweiz** ist zu entnehmen, daß der Gewerkschaftsbund reorganisiert worden ist. Es werden nur noch Verbände, keine einzelnen Vereine mehr in den Bund aufgenommen. Auch das Beitragswesen wurde umgestaltet. Den Verbänden blieb die volle Selbständigkeit in ihren inneren Angelegenheiten und der Wahrung ihrer Berufsinteressen. Der Bund umfaßt 55 457 Mitglieder. Die „Gewerkschaftliche Rundschau“ des Bundes erscheint in deutscher (2200 Exemplare) und französischer (750 Exemplare) Sprache. Die Beziehungen zwischen dem Bund und den örtlichen Arbeiterunions (Kartelle, denen auch politische und Vergnügungsvereine angehören) wurden durch ein Abkommen, dem 20 Unions sich anschlossen, dahingehend geregelt, daß

diese Unions künftig keine Gewerkschaften aufnehmen, die sich den Verbänden nicht anschließen, und daß sie die Bewegungen der Verbände unterstützen, nicht aber solche Bewegungen, die nicht die Billigung der Verbände finden. Die Gewerkschaftsstatistik wurde zum ersten Male durchgeführt und ist nicht unbefriedigend ausgefallen. Die Bemühungen, kleinere Verbände zu größeren Industrieverbänden zu vereinigen, hatten vorerst nur in der Uhrenindustrie Erfolg. Außerhalb des Gewerkschaftsbundes stehen 10 Eisenbahnervereine mit etwa 33 000 Mitgliedern; ferner die Geizer und Maschinisten (2500 Mitglieder), die Straßenbahner (1700 Mitglieder), die Telephon- und Telegraphenarbeiter (600 Mitglieder) und die romanischen Typographen (850 Mitglieder). Dem Abschnitt über Gewerkschaftsstatistik entnehmen wir, daß im Berichtsjahre 374 Lohnbewegungen geführt wurden, von denen 283 ohne ArbeitsEinstellung erledigt wurden, während 68 zum Streik und 4 zur Aussperrung führten. Beteiligt waren 39 516 Arbeiter, davon 18 545 organisierte, und 1233 Arbeiterinnen, davon 687 organisierte. Die Gesamtzahl der verlorenen Arbeitstage wird auf 60 669, der gesamte Lohnverlust auf 166 098 Frank angegeben. Von den Bewegungen wurden 190 erfolgreich, 67 mit teilweisem und 60 ohne Erfolg beendet. Es erreichten 9117 Beteiligte eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit von durchschnittlich  $3\frac{1}{2}$  Stunden, 11 999 Personen erzielten eine Lohnerhöhung von durchschnittlich 30 Centimes pro Tag. In 56 Orten wurden in 364 Betrieben für 8631 beschäftigte Arbeiter Arbeits- oder Tarifverträge, die dort bisher nicht bestanden, durchgeführt, und in 59 Orten wurden solche in 1293 Betrieben für 4456 Arbeiter revidiert bzw. erneuert.

Aus **Italien** wird über ein starkes Anwachsen der Gewerkschaftsbewegung um zirka 237 000 Mitglieder berichtet. Es ist dies indes eine Folge irriger Berechnungen vom Vorjahre, bei denen allein die Ziffern der Arbeitsbörsen als Grundlage benutzt wurden. Auch diesmal war es noch nicht möglich, genaue Ziffern zu geben (die amtliche Statistik verzeichnet sogar einen Rückgang der Mitgliederzahlen); immerhin sind die Zahlen von 1908 etwas forrigiert. Der Rückstand der Statistik ist durch den Mangel an centralistischen Organisationen verschuldet. Es gibt nur 27 Centralverbände mit 304 372 Mitgliedern in Italien, davon gehören erst 4 mit 29 748 Mitgliedern der Landescentrale an. Die Mitgliederzahl der Lokalorganisationen wird dagegen auf 479 166 geschätzt, wovon 329 635 zur Konföderation gehören. Die Zahl der Streiks betrug 1092; an 1041 derselben waren 196 132 Personen beteiligt. Der Umfang der Landarbeiterorganisation wird von der offiziellen Statistik auf 1524 Lokalvereine mit 378 156 Mitgliedern angegeben.

Im Laufe des Jahres wurden dem Parlamente Gesetzesentwürfe vorgelegt, welche die obligatorische Unfallversicherung für die landwirtschaftlichen Arbeiter, die Gewerbegerichte für die landwirtschaftlichen Arbeiter, die Gewerbeinspektion, die Mutterchaftsversicherung, die zwischen Italien und Ungarn abzuschließende Konvention über die Unfallversicherung und das Auswanderungswesen usw. behandeln. Einige davon sind erst im laufenden Jahre erledigt worden, während die übrigen noch nicht angenommen worden sind.

Aus **Spanien** wird berichtet, daß die syndikalistischen Gewerkschaften, die der Union generale de Trabajadores nicht angeschlossen sind, eine eigene Landescentrale gegründet haben, die, wenn ihr alle

auf dem konstituierenden Kongresse vertretenen Syndikate beitreten, höchstens 11 000 Arbeiter umfassen würde, während die alte Landeszentrale 40 984 Mitglieder zählt. Der Sitz der neuen Konföderation ist Barcelona. Nach dem Bericht haben im Jahre 1909 259 Wirtschaftskämpfe (146 Angriffs- und 113 Abwehrkämpfe) stattgefunden, von denen 49 ohne Arbeitseinstellung verliefen. In 49 Fällen wurde voller Erfolg, in 129 Fällen teilweiser, in 81 kein Erfolg erzielt. Die wirtschaftlich ungünstige Lage der Arbeiter hat zu einer starken Auswanderung geführt, die im Berichtsjahr auf etwa 150 000 Personen ansehnlich. Der Durchschnittslohn eines Arbeiters beträgt nur etwa 3,50 Frank, eines Landarbeiters gar bloß 1,25 Frank, während der Brotpreis 42 Cents pro Kilo ist und das Kilo Fleisch 2 Frank kostet. Das erklärt hinreichend das Wachsen der Auswanderung. Man hofft indes, daß das Fortschreiten der Gewerkschaftsbewegung diesen Zuständen ein Ziel setzt.

Aus den Vereinigten Staaten endlich berichtet E. Gompers, daß der amerikanische Gewerkschaftsbund sowohl volkswirtschaftlich, wie auch sozialpolitisch erhebliche Fortschritte zu verzeichnen habe. Auf dem Gebiete der Gesetzgebung wurde eine Reform des Unfallhaftpflichtgesetzes herbeigeführt und ein Gesetz betr. Sicherheit im Eisenbahnverkehr, sowie ein Gesetz über Unfallmeldung im zwischenstaatlichen Fuhrwerkverkehr erreicht. Das Achtstundengesetz ist auf Privatwerken für alle Regierungsaufträge ausgedehnt. Ferner wurde ein Postspartangengesetz angenommen. Für Porto Rico wurde ein Bürgerrechtsgesetz, ein Verbot der Beschäftigung von Kindern unter 14 Jahren mit gesundheitschädlicher Arbeit, der Achtstundentag für Arbeiten der Regierungs- und Gemeindebehörden und eine Sicherung der Entschädigungsansprüche Unfallverlehter durchgesetzt. Auf wirtschaftlichem Gebiete werden für 90 Berufe erhebliche Verbesserungen an Lohnerhöhungen und Verkürzungen der Arbeitszeit mitgeteilt, die teils in Kämpfen, teils ohne Kampf herbeigeführt wurden. Die Unterstützung dieser Kämpfe kostete 3½ Millionen Dollar (15¼ Millionen Mark). Dem amerikanischen Gewerkschaftsbunde gehören 120 internationale Verbände (deren Bereich sich auch auf Kanada erstreckt), 39 Staatsverbände, 632 Gewerkschaftsstarke, 431 Lokalvereine und 216 Distriktsverbände an.

\*

Der siebente Internationale Bericht legt Zeugnis dafür ab, daß die Idee der gewerkschaftlichen Organisation immer größere Arbeiterkreise ergreift und daß das internationale Zusammenwirken ein immer innigeres und nutzbringenderes wird. Gerade im Berichtsjahr 1909 bot der schwedische Großstreik Gelegenheit, das Band der Internationalität auf seine Festigkeit und seinen Wert zu prüfen, und wenn auch hier und da das Zusammenwirken und die Solidarität zu wünschen übrig ließen, so hat sich dieses Band doch ganz zweifellos bewährt. Aufgabe der kommenden Jahre gemeinsamer Arbeit wird es sein, die zutage getretenen Mängel auszumerzen und alle Nationen zu gleichem brüderlichen Streben zu erziehen. Schon die diesjährige internationale Konferenz der Sekretäre der gewerkschaftlichen Landeszentralen, die in diesen Tagen zu Budapest stattfindet, dürfte schätzenswerte Beschlüsse nach dieser Richtung hin bringen.

## Arbeiterbewegung.

### Aus den deutschen Gewerkschaften.

Der Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter hatte im 1. Quartal 1911 eine Gesamteinnahme von rund 267 026 Mk. gegen 335 226 Mk. im Quartal zuvor. Von den Gesamtausgaben von 235 250 Mk. entfallen rund 54 500 Mk. auf Krankenunterstützung, 22 151 Mk. auf Arbeitslosenunterstützung, 12 964 Mk. auf sonstige Unterstützungen und 34 582 Mk. auf Streikunterstützung. Das Vermögen der Hauptkasse erhöhte sich um 31 776 Mk. auf 1 035 756 Mk. Die Mitgliederzahl erhöhte sich um 1339 auf 42 642, darunter 1034 weibliche.

Die „Dachdecker-Zeitung“ veröffentlicht in ihrer Nummer 31 das Resultat der diesjährigen Urabstimmung über den Anschluß an den Deutschen Bauarbeiterverband. Von 7634 Mitgliedern haben sich an der Abstimmung nur 4778 beteiligt. Der Anschluß wurde mit 3430 gegen 1327 Stimmen abgelehnt.

Eine dritte deutsche Gasarbeiterkonferenz wird zum 23. und 24. August d. J. nach Berlin einberufen. Auf der Tagesordnung stehen Referate über den Fortschritt der Technik in der Gasherzeugung (Dr. Schimming-Berlin), über den Einfluß des technischen Fortschritts auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse (M. Hedmann-Mannheim), über Gasfernerwärmung (M. Heintz-Düsseldorf), über Berufskrankheiten (Dr. Danauer-Frankfurt a. M.) und über Organisationsfragen (M. Mohs-Berlin).

Der Centralverband der Handlungsgehilfen und -gehilfinnen Deutschlands hatte am Schlusse des 2. Quartals 1911 14 085 Mitglieder. Seit Jahresfrist beträgt der Zuwachs 2775, während der deutsch-nationale Verband in gleicher Zeit fast 3000 Gehilfen verloren hat.

Der Verband der Schiffszimmerer zählte am Ende des 2. Quartals 3548 Mitglieder und einen Kassenbestand von 92 535 Mk.

### Ein Besuch französischer Gewerkschaftler in Berlin.

Eine Delegation von 35 Mitgliedern der französischen Gewerkschaften besuchte in der Zeit vom 24. bis 29. Juli Berlin, um die Organisationseinrichtungen der deutschen Centralverbände aus eigener Anschauung kennen zu lernen. Das Studienprogramm war im wesentlichen das gleiche wie bei den beiden Besuchen belgischer Gewerkschaftler in diesem Jahre. Indes kam es zu einem programmwidrigen Zwischenfall dadurch, daß die Berliner Polizei auf Grund von unrichtigen Presseberichten über eine Begrüßungsansprache des französischen Kameraden Yvetot in einer nicht öffentlichen Begrüßungsfeier den Redner mit einer Ausweisung beglückte. Die Ausweisung kam zu spät, denn Yvetot, der den verspätet eingetroffenen Vorjüngenden des französischen Gewerkschaftsbundes Jouhaux vertreten hatte, befand sich bereits auf der Rückreise.

Am 28. Juli veranstalteten aus Anlaß der Anwesenheit der französischen Gewerkschaftsvertreter die Berliner Gewerkschaftskommission gemeinsam mit der Partei eine große imposante Friedensdemonstration in sämtlichen Räumen der Neuen Welt (Gartenheide), die zirka 30 000 Personen umfaßte. In den beiden Sälen wurden Referate

von R. Schmidt und G. Bauer gehalten, die den Gedanken der Friedensliebe der Arbeiterschaft aller Länder und die Forderung, den Kriegsgelüsten zu wehren, zum Ausdruck brachten. Im großen Saale durfte Kamerad Jouhaux eine französische Ansprache halten, die den Versammelten überseht wurde, im anderen Saale konnte nur eine Uebersetzung dessen, was der französische Redner sagen wollte, gegeben werden. Daran schlossen sich Schlußreden der Genossen Wolfenbuhr und Ströbel. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die am 28. Juli 1911 in den Sälen der „Neuen Welt“ zu Berlin versammelte Berliner Arbeiterschaft begrüßt die Vertreter der französischen Arbeiterschaft und dankt ihnen für die Beweise internationaler Kameradschaft und brüderlicher Friedensliebe.

Die Versammelten erklären, daß sie sich eins fühlen mit der Arbeiterschaft Frankreichs wie auch anderer Länder in dem Bestreben, den Völkern den Frieden zu erhalten und allen Machinationen der zum Kriege drängenden herrschenden Klassen entgegenzutreten. Der Krieg dient nur den Macht-, Raub- und Profitgelüsten einer kleinen Minderheit, während die große Mehrheit aller Völker den Frieden will, da sie allein die Opfer der Kriege zu tragen hat.

Die Versammelten fordern die Arbeiter Deutschlands wie Frankreichs auf, angesichts der gegenwärtigen drohenden Kriegsgefahr jederzeit auf dem Posten zu sein und ihren ganzen Einfluß zur Verhinderung eines Krieges auszubieten. Sie fordern die Einberufung der verantwortlichen Volksvertretung, um dieser die Mitentscheidung über die Lösung internationaler Konflikte zu ermöglichen.

Die Versammlung protestiert gegen die Ausweisung des französischen Kameraden Dvoret, dessen Rede im Gewerkschaftshause lediglich von der ehrlichen Absicht geleitet war, dem Frieden zu dienen.“

Der Eindruck der Demonstration war ein ungeheurer und spiegelte sich in der gesamten deutschen Tagespresse wider.

Die französischen Gewerkschaftler hatten auch eine Einladung der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften (Anarchisten) erhalten, der ein Teil am 27. Juli Folge leistete. Jouhaux hielt dort eine französische Ansprache, die die Zuhörer so mit sich fortriß, daß „alles in Jubel ausbrach“. „Bei der Uebersetzung aber, als man erfuhr, daß Genosse Jouhaux gesagt hatte, er sei der Meinung, daß die Freie Vereinigung deutscher Gewerkschaften, um der Einheitlichkeit der deutschen Arbeiterbewegung und der Internationale wegen, sich anschließen müsse, in die Centralverbände einzutreten und dort in ihrem Geiste zu wirken — da gab es lange Gesichter, und viele — wenn auch der Gastfreundschaft wegen abgedämpfte — Protestrufe.“ So schreibt die „Einigkeit“, das Organ der Anarchisten.

Ueber den Erfolg der Studienreise der französischen Gewerkschaftler ist die „Guerre sociale“, das Blatt Hervés, bereits in der Lage, aus Kreisen der Reisetheilnehmer folgendes zu berichten:

„Unsere Gewerkschaftsgenossen haben soeben Deutschland entdeckt. Ganz überwältigt, einige unter ihnen — die hellsehendsten — vielleicht gar ein wenig gedemütigt durch den Vergleich, den sie zwischen unserem Zustande der Organisationslosigkeit und der machtvollen Organisation der deutschen Arbeiterklasse gezogen haben, sind sie zurückgekehrt.

In bezug auf Organisation besteht in der Tat zwischen der französischen und deutschen Arbeiterklasse der gleiche Unterschied wie zwischen der wirtschaftlichen Entwicklung Frankreichs, das in die Reihe der Länder 3. Klasse zurückgefallen ist, und Deutschlands, das sich auf dem besten Wege befindet, auf dem Gebiete der Industrie und des Handels das erste Land der Erde zu

werden. Was bedeuten unsere 400 000 der C. G. T. angeschlossenen Gewerkschaftler gegenüber den 2½ Millionen Mitgliedern der deutschen Generalkommission? Was bedeuten denn unsere fast leeren Gewerkschaftsklassen gegenüber den millionenreichen deutschen Klassen?

Was sollen unsere elenden Kohlblätter (feuilles de chon) gegenüber den gewerkschaftlichen und sozialistischen Zeitungen mit Riesenauflagen in Deutschland bedeuten? Und was sagen wir zu den elenden Böchern, in denen sich die Bureaus unserer Gewerkschaften befinden, gegenüber den großen und bequemen, fast luxuriösen Bülloishäusern, welche die deutschen Arbeiterorganisationen beherbergen?

Es gibt aber etwas noch Bewunderungswürdigeres wie diese großen Mitgliederzahlen und Reichthümer; das ist die Disziplin, mit der diese ganze große Arbeiterarmee voranmarschiert, und zwar zu jener Centralisation, zu der man gezwungen ermaßen kommen muß, wenn man nicht nur Schammügel, sondern Kämpfe der Massen liefern will.

Und wenn man sich dabei der Streitereien erinnert, die bei uns die einen gegen die anderen, Sozialisten, Anarchisten, Gewerkschaftler aufbringen und die auch die geringste, gemeinsame Arbeit von vornherein unmöglich machen, muß man dann nicht die deutsche Arbeiterklasse bewundern, deren gewerkschaftliche und sozialistische Organisationen, obwohl völlig autonom bleibend, Schulter an Schulter zusammenarbeiten in den Tageskämpfen gegen die feindliche Klasse und gegen ihre Regierung?

Gewiß sind dies besondere Charaktereigenschaften, Früchte der Umgebung, wie bei uns der Geist der Kritik, der Verachtung jeder Autorität, der Geist des Spontanen, des Individualismus, des Wagemuths in Gedanken und in der Tat, und die Gesamtheit dieser guten und schlechten Eigenschaften, die unser revolutionäres Temperament ausmachen, ermöglichten uns, die Regierung Frankreichs der letzten 120 Jahre eine nach der anderen mit dem Gewehrstoßen davonzujagen.

Aber jene Eigenschaften, die man nicht von Natur aus, nicht seit der Geburt besitzt, kann man durch Studium, durch guten Willen und praktische Anwendung sehr wohl sich aneignen, ohne befürchten zu müssen, seine ureigensten Fähigkeiten einzubüßen.

Wenn die französischen Delegierten von Berlin mit dem festen Vorsatz nach Paris zurückgekehrt sind, bei uns Organisation, Disziplin, Einigkeit, hohe Beiträge — ist nicht das Geld die Triebfeder des Krieges? — zu predigen, so ist ihre Reise wahrlich ein Ereignis von geschichtlicher Bedeutung....“

### Die moderne Gewerkschaftsbewegung in Holland.

Wie erfreulich sich die holländische Gewerkschaftsbewegung entwickelt hat, darüber gibt ein Buch des eifrigen Sekretärs des niederländischen Verbandes der Gewerkschaften van der Kempel („Nach 5 Jahren“), das die Resultate eines fünfjährigen Bestehens des Gewerkschaftsverbandes veranschaulicht, Aufschluß. Am 1. Januar 1906 waren dem Gewerkschaftsverband 11 Verbände mit 18 960 Mitglieder angeschlossen. Die Entwicklung gestaltete sich seitdem wie folgt:

1. Januar 1906	11	Verbände mit	18 960	Mitglieder
1. " 1907	18	"	26 227	"
1. " 1908	25	"	32 270	"
1. " 1909	32	"	36 623	"
1. " 1910	34	"	40 628	"
1. " 1911	36	"	44 120	"

Nach dem 1. Januar 1911 haben sich dem Gewerkschaftsverband noch der Verband der Gajnwirtschaftsangestellten, der Seemannsbund (Rotterdam), der Buchdruckerverband (4000 Mitglieder) und ein östlicher Holzarbeiterverein angeschlossen. Die Zahl der weiblichen Mitglieder betrug am

1. Januar 1907 . . . . .	1 499
1. " 1908 . . . . .	1 837
1. " 1909 . . . . .	1 956
1. " 1910 . . . . .	2 261
1. " 1911 . . . . .	2 472

Davon zählt der Diamantarbeiterbund allein 1280 weibliche Mitglieder, während 549 auf den Verband der Schneider und Konfektionsarbeiter und 591 auf den Textilarbeiterverband entfallen.

Keine von den angeschlossenen Organisationen hat sich seitdem wieder abgetrennt, wohl aber haben sich seitdem 6 Verbände mit anderen verschmolzen, was als ein Fortschritt zu betrachten ist. Die Mitgliederzunahme ist auch keineswegs hauptsächlich auf das Konto der neu angeschlossenen Verbände zu setzen, sondern zahlreiche Verbände (ausgenommen den Diamantarbeiterbund, der seit langem bereits nahezu alle organisationsfähigen Arbeiter seiner Industrie umfaßt) haben ihre Mitgliederzahl verdoppelt.

Die Bedeutung des holländischen Gewerkschaftsverbandes tritt erst klar hervor, wenn man die gesamte Gewerkschaftsbewegung Hollands ins Auge faßt. Nach den Erhebungen des Reichsstatistischen Amtes betanden Ende 1906 in Holland 2193 Fachvereine mit 128 845 Mitgliedern. Der Gewerkschaftsverband zählte damals erst 26 227 Mitglieder, also 20,35 Proz. Am 1. Januar 1910 zählte man in Holland 2253 Fachvereine mit 143 850 Mitgliedern, wovon der Gewerkschaftsverband 40 628, also 28 Proz. umfaßte. Und seitdem hat sich das Verhältnis noch mehr zugunsten des letzteren geändert.

Die größte Organisation ist der Diamantarbeiterbund mit beinahe 10 000 Mitgliedern. Er hatte 1910: 811 500 Gulden Einnahme, 300 000 Gulden Ausgabe und am 1. Januar 1911: 1 277 279 Gulden Kassenbestand. Das Jahr 1910 war infolge des größeren Kampfes für den Bund sehr günstig.

Danach folgen der Verband der Gemeindearbeiter mit 4198 Mitgliedern, der Zigarrenarbeiterverband mit 3326, der Verband der Zimmerer mit 3016, der Verband der Eisen- und Straßenbahner mit 2513, der Textilarbeiter mit 2409 und der Metallarbeiter mit 2394 Mitgliedern. (Der Buchdruckerverband ist in der Statistik noch nicht berücksichtigt.) Von den gesamten Organisierten befinden sich in Amsterdam 17 750, in Rotterdam 4618, in Haag 2703, in Enschede 2165 und in Utrecht 1205.

In erfreulichem Maße hat sich das Unterstützungswesen in den modernen Gewerkschaften entwickelt. Für Krankenunterstützung wurden im Jahre 1910 86 323 Gulden, für Arbeitslosenunterstützung (von 7 Organisationen eingeführt) 13 866 Gulden verausgabt. Streiks im eigenen Beruf wurden mit 29 652 Gulden, andere Streiks mit 13 211 Gulden unterstützt.

Trotzdem bedarf das Finanzwesen der Organisationen noch sehr der Kräftigung. Außer den Diamantarbeitern haben nur die Zigarrenarbeiter und Zimmerer größere Fonds aufzuweisen. Die Beiträge schwanken zwischen 6 Cents (10 Pf.) bei den Landarbeitern und 1 Gulden (1,68 Mk.) bei den Diamantarbeitern. Der Angestelltenverband erhebt 40—60 Cents, der Bäckerverband 16—27 Cents, der

Brauerverband 12—20 Cents, der Gemeindearbeiterverband 12—16 Cents, der Glasarbeiterverband 12—30 Cents, der Metallarbeiterbund 12 bis 23 Cents usw. an Beitrag. Im Vergleich zu dem Stand der Beiträge von einigen Jahren vorher sind diese Beiträge schon hoch zu nennen.

Von 36 Organisationen haben 33 eigene Fachorgane, von denen 5 wöchentlich und 18 halbmonatlich erscheinen. 24 Organisationen sind an internationalen Verbindungen beteiligt.

Aus dem Material der Schrift van der Tempels tritt uns ein kraftvoller Organisationsgeist entgegen, eine Folgewirkung der großen Beispiele deutscher und skandinavischer Organisationsarbeit. Die holländische Gewerkschaftsbewegung steht auch im besten Einvernehmen und Zusammenwirken mit der sozialdemokratischen Partei, natürlich ohne direkte organisatorische Verbindung und unter aller Wahrung ihrer Selbständigkeit. So geht auch in Holland die Gewerkschaftsbewegung einer schönen Zukunft entgegen. H. Spietman.

#### Aus der schweizerischen Gewerkschaftsbewegung.

Der Schweizerische Typographenbund hat auf seiner Generalversammlung die Kündigung des Tarifvertrages einschließlich desjenigen für die Maschinenseher und des Lehrlingsregulativs auf den 31. Dezember 1912 zwecks Revision beschlossen. Der Centralvorstand erhielt den Auftrag, die nötigen Vorarbeiten zu besorgen. Er soll ferner die Frage prüfen, ob nicht der Spartenvereinigung der Stereotypen, Galvanoplastiker und Schriftgießer der deutschen Schweiz ein Jahresbeitrag von 100 Fr. aus der Centralkasse zu bewilligen sei. Da die Redaktion der wöchentlich erscheinenden „Selv. Typographia“ vom Genossen Müller im „Nebenamt“ besorgt wird, sollte der Centralvorstand sich mit der Prüfung der Frage der Entlastung des Redakteurs beschäftigen. Seither hat er sich aber als Redakteur der am 1. Oktober als sozialdemokratisches Tageblatt erscheinenden „Ostschweizerischen Arbeiterzeitung“ in St. Gallen wählen lassen, so daß nun der Centralvorstand gleich einen neuen Redakteur wählen muß. Die Generalversammlung sprach sich ferner gegen die beabsichtigte Gründung einer Maschinenseherschule in Bern „angesichts der gegenwärtig gegebenen Verhältnisse“ und für das neue Kranken- und Unfallversicherungsgesetz aus. Zu der Ablehnung der Maschinenseherschule möchten wir bemerken, daß grundsätzlich jeder Gewerkschaftler für die Abschaffung des privaten Lehrlingswesens und für die Schaffung öffentlicher Fachschulen durch Gemeinde und Staat eintreten muß.

Der Typographenbund der romanischen Schweiz hat im Jahre 1910 seine Mitgliederzahl nur um 4, von 817 auf 821, erhöht, denen 318 Nichtmitglieder, worunter 74 Seherinnen, gegenüberstehen. Eine ganze Anzahl Druckereien an verschiedenen Orten der westlichen Schweiz sind für die Verbandsmitglieder gesperrt. Die Widerstandskasse erzielte an Einnahmen 15 323,14 Frank, an Ausgaben 3852,72 Frank; das Kapital derselben beträgt 41 336,62 Frank oder 11 470 Frank mehr als im Vorjahre. An freiwilligen Streikunterstützungen wurden ausgerichtet: 165 Frank an die Sektion Genf, 150 Frank an die Kollegen in Rumänien und 37,50 Frank den Berufsgenossen in Bulgarien. — Lobend erwähnt muß auch hier werden, daß die Redaktionskommission des Verbandsorgans „Le Guten-

berg" auf die ihr zukommende Entschädigung zugunsten der Widerstandskasse verzichtet hat. — Weniger günstig steht leider die Unterstützungskasse. Die Einnahmen beziffern sich auf 43 840,05 Frank (1578,95 Frank Kapitalzinsen inbegriffen); die Ausgaben dagegen belaufen sich auf 45 099,12 Frank. Der Vermögensbestand betrug am 31. Dezember 1910 47 600,48 Frank, was gegen den Status zu Anfang des Jahres eine Verminderung von 1259,07 Frank bedeutet. Die Krankenunterstützung erforderte 25 586,40 Frank oder rund 4000 Frank mehr als im Jahre 1909. 24 Invaliden erhielten zusammen die Summe von 10 575 Frank; auch hier ist eine Vermehrung um ungefähr 2300 Frank zu konstatieren. Sieben Kollegen gingen mit Tod ab; an deren Hinterlassene wurden 1500 Frank Sterbegeld ausbezahlt. Für Konditionslosenunterstützung mußten 3718 Frank und für Abreiseentschädigung 234 Frank aufgewendet werden. Die Tatsache, daß für diese Wohlfahrtszweige gegenüber 1909 2000 Frank weniger ausgeworfen werden mußten, läßt auf einen besseren Geschäftsgang schließen. Viaticum wurden 1808,15 Frank verabsolgt; die letzten vier Monate des Jahres erfordern immer soviel allein, als die anderen acht zusammen. Der Bericht enthält auch einige interessante lohnstatistische Angaben, wonach in Chaux-de-Fonds das Tagesminimum 6,50 Frank, für Einleger 5 Frank, der Lohn für Maschinenfeher bei achttündiger Arbeitszeit 47,50 Frank pro Woche, in Freiburg 5,50 Frank, in Genf 6 Frank, für Einleger 4,50 Frank, für Maschinenfeher 7,50 Frank, in Jura 5,50 Frank, in Lausanne 6 Frank, für Einleger 4,50 Frank, für Maschinenfeher (Achtstundentag) 7,60 Frank, in Le Locle 6 Frank, in Montreux 6 Frank pro Tag beträgt. Für die Druckorte Veg, Martigny-Ville und Château-d'Oex gilt ein sogenannter Landtarif (5,50 Frank), Neuenburg 6 Frank, Bevev 6 Frank, Oberdon 5,75 Frank. Der Wochenbeitrag schwankt zwischen 1,50 und 1,70 Frank. Auf der Generalversammlung des romanischen Typographenbundes bildete den Hauptverhandlungsgegenstand die Revision der Verbandsstatuten. Von den beschlossenen neuen Bestimmungen ist von besonderem Interesse folgende: „In Streikfällen ist es den Mitgliedern untersagt, Anzeigen, Artikel usw., welche den in Frage kommenden Kollegen Schaden bringen könnten, zu setzen oder zu drucken. Die gleiche Haltung ist den Geschäften gegenüber einzunehmen, gegen die vom Verbandsrat die Sperre verhängt worden ist.“ Der Beschluß macht den welschen Buchdruckern alle Ehre, er ist der Ausdruck einer weitherzigen proletarischen Solidarität, deren Betätigung von kämpfenden Arbeitern schon manchmal angeblickt der verlogenen Berichte und Verleumdungen der bürgerlichen Presse gewünscht worden wäre. Aber die „Helv. Typographia“ bemerkt recht nüchtern dazu:

„Das wäre ja soweit ganz gut. Die Zukunft wird aber zeigen, daß dieser neue Paffus wohl auf dem Papier steht, aber nie in der Praxis ausgeübt wird. In der französischen Schweiz sind die Nichtraucher in großer Zahl vertreten und die werden immer in die Lücke springen. Dieser Beschluß wird übrigens auch seine üblen Folgen für den Verband zeigen. In allen Fällen wäre es viel wichtiger gewesen, einen Weg zu suchen, um den Mitgliederstand zu heben, der doch schon lange konstant ist. Die Zeit wäre nützlicher angewendet für solche Fragen.“

Schließlich bewilligte die Generalversammlung die Summe von 750 Frank zur Unterstützung der streikenden Buchdrucker in Belgien.

Der Delegiertenversammlung der Lithographen wohnte der Sekretär des Deutschen Lithographenbundes, Genosse Sillier von Berlin, bei. Von ihren Verhandlungen ist wenig zu erwähnen. Ueber den aufgestellten Entwurf zu einem Einheitstarif für das schweizerische Lithographiegewerbe soll noch nichts veröffentlicht werden. Der Sektion Zürich wurde zu den Kosten eines eigenen Sekretärs ein Jahresbeitrag von 500 eventuell 800 Frank bewilligt, ein ähnliches Gesuch des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter jedoch abgelehnt. Das gleiche Schicksal erfuhr der Wunsch des Touristenvereins „Naturfreunde“ um ein Darlehen von 5000 bis 6000 Frank zum Bau einer Ferienhütte im Berner Oberland. Auf eine so „hohe Kante“ kann eine Gewerkschaft nicht gut ihr Vermögen legen. —

Der Buchbinderverband weist eine hiet erfreuliche Weiterentwicklung auf. Er zählte 1906 540, 1907 630, 1908 620, 1909 774 und 1910 929 Mitglieder. Die Einnahmen der Zentralkasse betrugen im Jahre 1910 11 166,63 Frank, die Ausgaben 8262,76 Frank, das Vermögen ist von 38 220,65 Frank auf 55 709,95 Frank angewachsen. Die Krankenkasse berichtet von 13 622,17 Frank Einnahmen und 7457,45 Frank Ausgaben. Die Reise- und Arbeitslosenunterstützung erforderte einen Aufwand von 1506,90 Frank, dem Einnahmen im Betrage von 3446,41 Frank gegenüberstehen. Der Geschäftsbericht beklagt, daß es noch viele Berufsangehörige gibt, die 9½ bis 10 Stunden täglich arbeiten müssen. Von der Generalversammlung des Verbandes wurde die Einführung der Unterstützung der Hinterlassenen eines verstorbenen Mitgliedes beschlossen und dem Centralvorstand der Auftrag erteilt, an Stelle der zurückgewiesenen eine neue Vorlage über die Einführung der Alters- und Invalidenunterstützung dem nächsten Verbandstage zu unterbreiten. Die Gelder des Verbandes sollen in Zukunft statt auf einer Privatbank beim Verband schweizerischer Konsumvereine angelegt werden. Da der Verbandsbeitrag pro Woche bereits 1 Frank ohne den Lokalzuschlag beträgt, wurde die weitere Erhöhung der Beiträge zugunsten des Reservefonds mit 22 gegen 8 Stimmen abgelehnt. Der Vorstand erhielt den Auftrag, einen Einheitstarif für die ganze Schweiz auszuarbeiten.

Der Verband der Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen im graphischen Gewerbe sowie der Papier-, Kartonnagen- und Zellulose-Fabrikarbeiter der Schweiz hat mit seinen 943 Mitgliedern (wovon 676 männliche und 267 weibliche) einen kleinen Rückgang um 11 gegenüber 1909 zu verzeichnen. Die Einnahmen der allgemeinen Kasse betragen (Uebertrag vom Jahre 1909 mit 8558,04 Frank inbegriffen, ebenso die Subventionen des S. L. V. mit 150 Frank und des S. V. V. mit 50 Frank) 16 947,84 Frank, die Ausgaben 12 261,14 Frank, Kassenbestand also 4686,70 Frank, was gegen den Anfang des Jahres eine Vermögensverminderung von 3871,34 Frank bedeutet. Dieses Defizit ist insofern nur ein rechnerisches, als der Verband im Berichtsjahre 5000 Frank ausgeschieden hat als Grundstock für die Schaffung einer Reservekasse. Die Krankenkasse erzielt an Einnahmen (Saldo vom vergangenen Jahre 4122,85 Frank) 15 593,55 Frank, an Ausgaben 9106,75 Frank. An Krankenunterstützung wurden verausgabt 8424,50 Frank, an Wächnerinnenentschädigungen 440 Frank, an Arzt- und Apothekerkosten 65 Frank, an Sterbebeiträgen 155 Frank. Die Vermögensvermehrung in dieser Kasse

beträgt 2363,95 Frank. Die Reservekasse verzeichnet bei einer unbedeutenden Ausgabe einen Vermögensbestand von 6271,05 Frank. Das Gesamtvermögen des Verbandes beziffert sich auf 17 444,55 Frank. Der Verbandstag beschloß, mit Hilfe des Gewerkschaftsbundes und des Typographenbundes ein ständiges Sekretariat zu errichten. In interessanter Debatte wurde über taktische Fragen verhandelt, damit die Hilfsarbeiter bei der nächsten Tarifrevision ihrer gelehrten Berufskollegen nicht leer ausgehen. Mit dem 1. Januar 1912 erklärt der Verband eine allgemeine Amnestie, nach der alle, welche schon dem Verbande angehört, wieder frei aufgenommen werden unter Einsetzung in ihre alten Rechte bei Wegfall jeder Karenzzeit. Zum Schluß sei noch hervorgehoben, daß die schweizerischen Unternehmer der Papierindustrie bereits polnische Arbeiter einführten, wodurch der Verband genötigt war, sich mit dem polnischen Comité in Zürich in Verbindung zu setzen, zwecks Beschaffung polnischer Flugblätter und eventuell polnischer Artikel für das Verbandsorgan, wofür dadurch keine Schwierigkeiten technischer Natur entstehen. —

Nachdem die technisch-industriellen Beamten in Deutschland seit mehreren Jahren ihre Gewerkschaftsbewegung haben, sind mit dem respektvollen Zeitabstande dem guten Beispiel ihrer deutschen Kollegen auch die Techniker der Schweiz gefolgt und haben ebenfalls einen Verband technisch-industrieller Beamten in der Schweiz gegründet, der in dem Blatte „Der technische Angestellte“ auch bereits sein eigenes Organ besitzt, das in Zürich erscheint und von Dr. Rudolf Müller redigiert wird. Die bürgerliche Presse begrüßt mit ihrem bewährten kapitalistischen Klasseninstinkt die neue Beamtengewerkschaft sehr unfreundlich, indem sie schreibt:

„Der Bund technisch-industrieller Angestellter der Schweiz“ — übrigens nur ein Abklatsch des gleichnamigen Bundes in Deutschland — hat am unrichtigen Ort das Wort des gewerkschaftlichen Gedankens erblüht; die Ereignisse haben ihn längst überholt, daher hat er auch keine Existenzberechtigung. In weitesten Kreisen unserer schweizerischen Technikerschaft wird das Empfinden vorhanden sein, daß das Bedürfnis nach einem Sonderbund nicht besteht.“

Der idiotenhafte Ausfall der Gegner und anderwärts die sympathische Begrüßung der gewerkschaftlichen Beamteneinigung durch die sozialdemokratische Presse hat die Techniker — falls sie es noch nicht wußten — sehr deutlich darüber belehrt, wo ihre Freunde und wo ihre Feinde sind und werden sie danach in der Zukunft ihr Verhalten einrichten.

Z.

## Kongresse.

### Französische Gewerkschaftskonferenz.

Vom 22. bis 24. Juni fand in Paris eine Gewerkschaftskonferenz statt, die zweite ihrer Art. Diese Konferenzen, die von dem Gewerkschaftskongreß von Marseille beschlossen wurden, finden in den Jahren statt, in welchen kein Kongreß tagt. Sie setzen sich aus den Delegierten der Gewerkschaftsvorstände und der Arbeitsbörsen zusammen und haben administrative und solche Fragen zu erledigen, die ihnen vom Gewerkschaftskongreß überwiesen werden. 44 Gewerkschaften und 102 Arbeitsbörsen waren vertreten.

Der erste Punkt der Tagesordnung war die Stellungnahme zur Durchführung des Altersversicherungsgesetzes. Wir haben das Gesetz selbst in seinen wesentlichen Bestimmungen, und den Streit um dasselbe bereits besprochen, und brauchen also darauf nicht mehr zurückzukommen. Neue Gesichtspunkte kamen in der sehr umfangreichen Diskussion nicht zutage. Es handelte sich auch nicht um die Präzisierung der Stellungnahme zu dem Gesetz, was bereits durch den Gewerkschaftskongreß geschehen war, sondern um die praktische Durchführung des das Gesetz ablehnenden Beschlusses. Mit 104 gegen 11 Stimmen und 12 Enthaltungen wurde schließlich folgender Beschluß gefaßt:

„Die zweite Konferenz der Arbeitsbörsen und Föderationen konstatiert die guten Resultate der von der Konföderation gegen das Gesetz vom 5. April 1910, das der Arbeiterklassen nicht die Pensionen gibt, auf die sie Anspruch hat, unternommenen Kampagne.

Die Konferenz, indem sie aufs neue das Prinzip der Alterspensionen bekundet, beschließt, dieses auf Arbeiterverträge fundierte Gesetz mazzuzusetzen. Die Konferenz fordert deshalb die Organisationen auf, sich mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln diesen Beitragsleistungen unbedingt entgegenzusetzen; beauftragt das Konföderationskomitee, die Organisationen in ihrer Aktion gegen die Durchführung des aktuellen Gesetzes zu unterstützen; verlangt von den Arbeitern, sich von den von den Parlamentariern versprochenen Abänderungen nicht täuschen zu lassen; beauftragt das Konföderationskomitee, die Agitation fortzusetzen und alle notwendigen Maßnahmen, je nach den Umständen und der Situation, zu nehmen.“

Mit 78 gegen 23 Stimmen und 13 Enthaltungen wurde noch folgender Zusatzantrag des Sekretärs der Konföderation, J. Ouhayr, angenommen: „Die Konferenz konstatiert, daß das Parlament in keiner Weise dem Antrage von Toulouse Rechnung getragen hat, und daß es am Plage ist, im Augenblick, wo das Gesetz in Wirksamkeit treten wird, die anzuwendenden Mittel zu definieren; sie fordert die Arbeiter auf, jede Beitragsleistung ihrerseits zu verweigern und die Bücher (zur Ablegung der Marken) am kommenden 3. Juli zu zerstören.“

Die „von den Parlamentariern versprochenen Abänderungen“, auf die der Beschluß anspielt, ist eine von der Kammer angenommene Tagesordnung, im nächsten Jahre den staatlichen Rentenbeitrag zu erhöhen, die Altersgrenze herabzusetzen und die Invalidenversicherung auszudehnen. Inzwischen hat auch der Nationalrat der sozialistischen Partei Frankreichs zu dem Gesetze nochmals Stellung genommen. Mit 87 gegen 51 Stimmen und 9 Enthaltungen nahm er eine Resolution an, die im wesentlichen die Aufhebung des Beschlusses von Nîmes bedeutet. In dem Beschluß heißt es u. a.: „Der Nationalrat erklärt, daß die sozialistische Partei, jedesmal wenn es sich um eine Arbeiterfrage handeln wird, in Uebereinstimmung mit der Konföderation der Gewerkschaften handeln wird.“ In dieser Konsequenz trat der Nationalrat dem Standpunkt der Gewerkschaften bei. Ohne uns mit den beiderseitigen Beschlüssen einverstanden zu erklären, denn wir sind der Meinung, daß weder die Kapitalanhäufung noch die Beiträge der Arbeiter prinzipiell abzuschneiden sind, begrüßen wir doch im Interesse der Einheit der Arbeiterbewegung den Beschluß des Nationalrats der Partei.

Der zweite Punkt der Tagesordnung der Konferenz war „Die Arbeitszeitverkürzung und die eng-

da entschlüpft einem der führenden Leute im Herikalen Lager doch noch ein unvorsichtiges Wort, das Licht verbreitet über das wahre Wesen und den wahren Zweck der christlichen Gewerkschaften.

Am 28. Dezember 1910 hielt Peter Spahn, der Führer des deutschen Centrums, in seinem Bonner Wahlkreise eine Rede, worin er hinwies auf den bevorstehenden Wahlkampf, bei dem die Sozialdemokratie dem Centrum als mächtigster Feind gegenüberstehen werde. Dann hieß es:

„Nirgendwo in der Welt ist die Sozialdemokratie so gut organisiert, so opferwillig und so rührig wie in Deutschland. Ruhig, methodisch, geduldig arbeitet sie auf den von ihr erstrebten Umsturz der bürgerlichen Gesellschaft hin. In allen Orten des Reiches ist sie verbreitet. Ihren Nährboden haben Partei und Gewerkschaften in unseren industriellen Bezirken, und deshalb muß ihnen hier durch die Förderung der christlichen Gewerkschaften entgegengewirkt werden.“

Damit war, wenn man sich den Zusammenhang mit dem Wahlkampf vor Augen hält, deutlich genug ausgedrückt, daß das Centrum in den christlichen Gewerkschaften seine Schutztruppe im Kampfe mit der Sozialdemokratie erblickt. Aber Herr Spahn wurde noch deutlicher in einer Rede, die er Anfang Juli 1911 ebenfalls in seinem Wahlkreise hielt und worin er nach der „Germania“ (Nr. 147) ausführte:

„Ich bin nicht Pessimist, aber soll der Ausgang der Wahlen unseren Wünschen und Bedürfnissen entsprechen, dann muß in allen Wahlkreisen alles auf die Schanzen. Unsere Vereine voran: Volksverein und christliche Gewerkschaften und Arbeitervereine durch die Aufklärung in der Sozialpolitik; unsere Wahlvereine und unser Windthorstbund in der Agitation und auch in der Wahlrede; neben den Vereinen in alltäglichem Ansporn unsere Presse.“

„Unsere Vereine: die christlichen Gewerkschaften“ — das sagt genug im Munde eines Centrumsführers. Herr Spahn ist kein Dugendagitator, dem in jugendlichen Eifer der Verstand mit der Zunge durchgeht. Er ist anerkannter Parteiführer, ein bedächtiger Redner, der vor Ueberreibungen sicher ist. Was er sagt, kann als die im Centrum geltende Meinung betrachtet werden, zumal wenn seine Worte mit der aus sonstigen Tatsachen hergeleiteten Erfahrung zusammenreffen. Die „Kölnische Volkszeitung“ hat in ihrem Bericht über die Spahn'sche Rede die kompromittierende Stelle mit den christlichen Gewerkschaften ausgelassen, und das christliche Generalsekretariat verwahrt sich in einer Zuschrift an das Blatt dagegen, daß man die christlichen Gewerkschaften nicht nach „gelegentlichen Bemerkungen anderweitiger Kreise“, sondern nach den „programmatischen Äußerungen ihrer führenden Presse und leitenden Personen“ beurteilt. Wir bedauern, dieser Weisung nicht folgen zu können. Wichtigere als die „programmatischen Äußerungen der führenden Presse und der leitenden Personen“ sind uns bei der Beurteilung der christlichen Gewerkschaften die Tatsachen, ist uns das Verhalten dieser Organisationen — und dieses gibt Herrn Spahn recht, wenn er die christlichen Gewerkschaften als Schutztruppen des Centrums hinstellt.

Der Centrumscharakter der christlichen Gewerkschaften ergibt sich auch aus ihrem innigen Zusammenwirken mit den ultramontanen Arbeitervereinen, und gerade das christliche Generalsekretariat gibt neuerdings in dieser Be-

ziehung wichtige Fingerzeige. Herr Stegerwald, der Generalsekretär, läßt sich im dritten Heft der „Sozialen Revue“ 1911 über eine bessere Organisation der katholischen Arbeiter- und Jugendvereine aus und er kommt dabei auch auf das Verhältnis dieser Vereine zu den christlichen Gewerkschaften zu sprechen. Sollte das gegenseitig sich stützende Zusammenarbeiten, so meint der Herr Generalsekretär, für die Zukunft wirksam und erfolgreich bleiben, dann müßten die katholischen Arbeitervereine in ihrer Gesamtheit die staatsbürgerliche Erziehung der Arbeiter viel intensiver und planmäßiger betreiben. Die freien Gewerkschaften betrieben ihre Agitation mehr mit politischen als mit berufswirtschaftlichen Argumenten. Die christlichen Gewerkschaften könnten dem infolge ihres politisch neutralen Charakters nicht genügend entgegenwirken. Hier müßten die Arbeitervereine eingreifen, um zu verhindern, daß größere Arbeitermassen, die entsprechend ihrer Erziehung und Gesinnung ins christliche Arbeiterlager gehörten, der sozialdemokratischen Agitation zum Opfer fielen.

Das innige Verhältnis der christlichen Gewerkschaften und der katholischen Arbeitervereine (die evangelischen Arbeitervereine kommen wegen ihrer Unbedeutendheit und der geringen Anzahl der in den christlichen Gewerkschaften vorhandenen evangelischen Arbeiter nicht in Betracht) datiert nicht von gestern. Schon im Jahre 1906 bündelten sich die beiden Organisationen der ultramontanen Arbeiterbewegung an, tauschten gegenseitig die Mitgliederlisten aus und versprachen einander regste Unterstützung. Nun sind, daran ist kein Zweifel, die katholischen Arbeitervereine, wenn auch nicht dem Programmie, so doch der Gesinnung und ihrer Tätigkeit nach, reine Centrumsorganisationen, deren Mitglieder im Centrumsgeiste erzogen und im Centrumsinteresse verwandt werden. Die „staatsbürgerliche Erziehung“, die dort nach Anweisung des Generalsekretärs Stegerwald „noch viel intensiver und planmäßiger“ betrieben werden soll, ist Centrums-politik, und je inniger sich, ebenfalls nach Anweisung des Generalsekretärs Stegerwald, das Verhältnis zwischen katholischen Arbeitervereinen und christlichen Gewerkschaften gestaltet, desto offensichtlicher das Bestehen, die christlichen Gewerkschaften dem Centrum unterzuordnen.

Noch ein drittes Geständnis. Vom 9. bis 12. Juli hat in Köln die Generalversammlung des Gewerkevereins christlicher Bergarbeiter getagt. Dort hielt Redakteur Imbusch eine Rede über die grundsätzliche Stellung des Gewerkevereins, wobei er nach dem Bericht der „Kölnischen Volkszeitung“ betonte, daß der Gewerkeverein parteipolitisch neutral sei und bleiben werde. Dann heißt es:

„Der Sozialdemokratie gegenüber können wir nicht neutral sein. Deren und unsere Grundsätze stehen sich entgegen und schließen sich gegenseitig aus. Auf Schritt und Tritt müssen wir uns deshalb als Gegner begegnen. Unsere Bewegung ist für die parteipolitischen Verhältnisse von der größten Bedeutung. Unsere Bewegung hält die Arbeiter von der Sozialdemokratie fern und erlämpft ihnen auch für die Zukunft dieser gegenüber die parteipolitische Freiheit. Ohne das Bestehen unserer Bewegung würden die Arbeiter immer mehr in die sozialdemokratischen Organisationen hineingezwungen, dort für die So-

lische Arbeitswoche", worunter die Beendigung der Arbeitswoche am Sonnabendmittag verstanden wird. Nach langer Diskussion, in der irgendwie bemerkenswerte Gesichtspunkte über die anzuwendende Taktik zur Erreichung der Arbeitszeitverkürzung nicht hervortraten, wurde eine Resolution angenommen, die im wesentlichen die des letzten Gewerkschaftskongresses wiederholt. Bemerkenswert ist nur das definitive Aufgeben der auf dem Gewerkschaftskongress von Bourges (1904) beschlossenen Taktik des allgemeinen Streiks zur Erreichung des Achtstundentages. Die Konferenz hat vollinhaltlich die von den "Reformisten" damals empfohlene Taktik sich zu eigen gemacht, die darauf hinausläuft, "den beruflichen Möglichkeiten Rechnung zu tragen" und "den Gewerkschaftsorganisationen die größte Aktionsfreiheit zu lassen", wie es in der Resolution heißt.

Es wurden dann einige Statutenänderungen vorgenommen. Die bedeutendste ist die Aufnahme folgender Bestimmung: "Die Konföderationsfunktionäre dürfen zu einer politischen Funktion nicht kandidieren. Die Annahme einer Kandidatur enthält deren Demission ihrer konföderalen Funktion." Dieser Beschluß, der sich gegen eventuelle sozialistische Funktionäre richtet, wurde mit 76 gegen 43 Stimmen angenommen. Ein Zusatzantrag, daß sich die Funktionäre der Konföderation während der Wahlperiode auch jeder antiparlamentarischen Agitation zu enthalten hätten, wurde durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt. Dieser Antrag ist übrigens in dem offiziellen Protokoll nicht einmal vermerkt.

Eine sehr ausgedehnte und lebhaft diskutierte die Einführung der konföderalen Reiseunterstützung hervor. Diese war schon vor zwei Jahren beschlossen worden, jedoch aus Mangel an Mitteln nicht zur Durchführung gekommen. Dieser Beschluß wurde nun wiederholt. Es wurde dann beschlossen, die Konföderationsbeiträge um 20 Proz. zu erhöhen; was, nach den Berechnungen des Kassierers, einen Betrag von 6000 Frank jährlich ergeben würde. Der Beschluß tritt mit 1. Juli in Kraft. Unterstützungsberechtigt ist jedes seit 6 Monaten organisierte Mitglied. Die Unterstützungen werden durch die Arbeitsbörsen oder regionalen Verbände, deren 133 der Konföderation angeschlossen sind, ausgezahlt. Der Unterstützungsbetrag beläuft sich einheitlich auf 2 Frank (in Paris 2,50 Frank), doch können im Höchsthalle nur 10 Unterstützungen pro Jahr an dasselbe Mitglied ausgezahlt werden. Wenn die Rechnung des Kassierers der Konföderation stimmt, können, wenn im Durchschnitt nur eine Unterstützung von 10 Frank zur Auszahlung kommt, höchstens 600 Mitglieder unterstützt werden.

Das sind die wesentlichsten Beschlüsse der Konferenz, in der die Leidenschaft der taktischen Gegensätze noch übermogen hat.

Paris, 17. Juli 1911.

Josef Steiner.

## Gewerbegerichtliches.

### Wahlen.

Bei der Gewerbegerichtswahl in Aschersleben, bei welcher das erstmal nach dem Verhältniswahlssystem gewählt wurde, erhielt die Liste der freien Gewerkschaften 858 Stimmen, die der Gewerbevereine (S.-D.) mit den Selben zusammen 256 Stimmen. Es erhalten die freien Gewerkschaften 5 Sitze und der Mischnasch einen Sitz.

### Präzisere Fassung der Tarifverträge.

Vor dem Gewerbegericht in Fürth klagte der Tagelöhner J. S. gegen den Stukkateurmeister J. M. auf Bezahlung von 2,80 Mk. rückständige Prozente für geleistete Ueberstunden. Der Beklagte wandte gegen diese Forderung des Klägers ein, daß wohl der mit dem Bauarbeiterverband abgeschlossene Tarifvertrag die Bezahlung einer 25prozentigen Zulage für geleistete Ueberstunden vorsieht, in diesem Falle aber außer Wirkung trete, weil der Kläger sich bereit erklärte, ohne Ansprüche auf Prozente Ueberstunden zu machen. Das Gewerbegericht in Fürth hat aber in solchen Fällen entschieden, daß die Bestimmungen der Tarifverträge durch solche Einzelabmachungen zwischen einem Arbeiter und dem Unternehmer nicht aufgehoben werden dürfen, da sonst die Tarifverträge jeden praktischen Wert für die Arbeiter als wirtschaftlich schwächeren Teil verlieren würden. In diesem Fall entschied es indes anders, weil der Kläger nicht Mitglied des Bauarbeiter-, sondern des Schmiedeverbandes war. Er wurde mit seiner Klage abgewiesen. In der Urteilsbegründung kam zum Ausdruck: In diesem Falle stehe kein für die beiden Kontrahenten geltender Tarifvertrag in Frage und könne durch Einzelvertrag die Bestimmung des Tarifvertrages aufgehoben werden.

Ueber diese Kautschukdefinition des Urteilspruchs kann gestritten werden, auch haben Gewerbegerichte selbst in solchen Fällen eine Umgehung des Tarifvertrages verhindert. Klarer und wirksamer für alle Arbeiter dürfte es jedoch sein, wenn bei künftigen Tarifabschlüssen die Gewerkschaften ihr Augenmerk darauf verwenden, daß die abgeschlossenen Bestimmungen nicht nur für die Mitglieder ihres Verbandes, sondern für alle in dem fraglichen Beruf und Betrieben beschäftigten Arbeiter Geltung haben.

Fürth i. B.

Georg Schirmer.

## Anderer Organisationen.

### Christliche Geständnisse.

Auf nichts legen die christlichen Gewerkschaften solchen Wert, wie auf ihre angebliche Eigenschaft als „rein wirtschaftliche Organisationen“. Im Bewußtsein dieses Vorzuges rühmen sie sich, die Vertreter des unverfälschten Gewerkschaftsgedankens zu sein. „Unabhängig“ nach jeder Seite hin — so stehen sie da, ein leuchtend Vorbild, ein sicherer Wegweiser für die deutsche Arbeiterklasse, die auf dem von der christlichen Gewerkschaftsbewegung vorgezeichneten Gleise schnell und bequem ans Ziel ihrer Wünsche gelangen könnte. Leider sind die deutschen Arbeiter so verblendet, das nicht einzusehen. Sie erklären die „Unabhängigkeit“ der christlichen Gewerkschaften für Humbug, ihre politische Neutralität für Schwindel und sehen in ihnen die ergebenen Werkzeuge der Klerisei und des Centrums, die so tanzen müssen, wie ihre hochmögenden Gönner im geistlichen oder weltlichen Gewande pfeifen.

Im Anfange der christlichen Gewerkschaftsbewegung konnte man von ultramontaner Seite oft genug hören, daß die neuen Organisationen lediglich den einen Zweck hätten, die katholischen Arbeiter dem Centrum zu erhalten dadurch, daß sie von der Berührung mit sozialistischen Massengenossen ferngehalten würden. Später ist man in derartigen Geständnissen vorsichtiger geworden, um desto eifriger auf die „politische Neutralität“ zu pochen. Hier und

zialdemokratie erzogen und hierdurch den bürgerlichen Parteien der Boden unter den Füßen weggegraben. Die von uns betriebene Aufklärungsarbeit wirkt auch in starkem Maße der sozialdemokratischen Volksverhegung entgegen. Das nützt indirekt allen bürgerlichen Parteien und haben diese deshalb alle Veranlassung, im eigenen Interesse unsere Bewegung zu fördern. Man braucht nicht zu fürchten, daß in unserer Bewegung für eine Partei agitiert wird. Ausdrücklich sei hier festgestellt, daß für dahingehende Verdächtigungen nie Beweise beigebracht wurden."

Eine nette „politische Neutralität“, deren Wesen darin besteht, die stärkste politische Partei im Reiche mit allen Kräften und Mitteln zu bekämpfen. Und eine nette „Arbeiterbewegung“, die sämtlichen bürgerlichen Parteien schonende Neutralität entgegenbringt, um die einzige Arbeiterpartei desto eifriger zu bekämpfen. Selbstverständlich ist es Schwindel, wenn die Sache so dargestellt wird, als ob die bürgerlichen Parteien in gleicher Weise von der „politischen Neutralität“ der Christlichen profitierten. Die Christlichen Gewerkschaften sind einzig und allein in kirchlichen Gegenden entstanden und gediehen; nur das Centrum hat sich ernsthaft um sie bemüht und diesem allein dienen sie denn auch als Schutztruppe im Kampfe gegen die Sozialdemokratie.

Um diese Tatsachen zu verschleiern, greifen die Christlichen Agitatoren zu den gewagtesten Behauptungen. So sagt Herr Imbusch in seiner Rede:

„Auch die Schwierigkeiten, die uns durch die Kollegen in den Parlamenten und deren Mitarbeit an strittigen, unser Volk aufwühlenden Gesetzgebungswerten entstanden sind, können uns den klaren Blick nicht trüben. Wir vergessen aber nicht, daß die Kollegen nicht von uns, sondern von den Parteien gewählt sind und deshalb mit den Verhältnissen in ihnen rechnen und ihren Interessen dienen müssen. Als Grundsatz für die Parlamentarier aus der Bewegung und für diese selbst gilt uns: Erstere dürfen bei aller Anpassung an die Parteiverhältnisse und Notwendigkeiten nie ihre Pflichten unserer Bewegung gegenüber vergessen. Diese muß ihnen aber so viel Freiheit einräumen, daß sie sich in ihren Parteien eine für die Arbeiter wünschenswerte Stellung verschaffen und etwas leisten können.“

Nein, die Christlichen Arbeitervertreter im Reichstag sind nicht von den Parteien, sondern vom Centrum gewählt, mit Einschluß des ehrenwerten Herren Behrens, des Generalsekretärs des ultramontanen Bergarbeiterverbandes, der nur gewählt worden ist, weil das Centrum ihm zuliebe auf die Aufstellung eines Kandidaten verzichtete. Im übrigen nageln wir das Geständnis fest, daß die Christlichen „Arbeitervertreter“ den Interessen der Parteien, das heißt den Interessen des Centrums dienen müssen. Die „Freiheit“, die das Centrum den „Arbeitervertretern“ in seinen Reihen gewährt, hat sich kundgegeben bei der Reichsfinanzreform und der Reichsversicherungsordnung, wo die „Anpassung an die Parteiverhältnisse“ so weit ging, daß die Herren Giesberts, Schiffer, Behrens und Genossen so ziemlich mit jeder Abtimmung den Arbeiterinteressen und den eigenen früheren Versprechungen zuwiderhandelten.

A. E.

## Mitteilungen.

### Unterstützungsvereinigung der in der modernen Arbeiterbewegung tätigen Angestellten.

Zur Mitgliedschaft haben sich gemeldet:

Dresden:	Kohl, Valentin, Angestellter des Buchbinderverbandes.
Gronau:	Meyer, August, Angestellter des Textilarbeiterverbandes.
Hannover:	Grages, Fritz, Angestellter des Transportarbeiterverbandes.
Lägerdorf:	Studt, Max, Angestellter des Fabrikarbeiterverbandes.
Mannheim:	Harpuder, Heinrich, Redakteur.
"	Herrmann, Konrad, Redakteur.
Memel:	Mahies, Fritz, Angestellter des Holzarbeiterverbandes.
Stettin:	Riedel, Carl, Angestellter des Fabrikarbeiterverbandes.
"	Bülow, Albert, Arbeitersekretär.

Im Verlage der Generalkommission ist soeben erschienen:

## Protokoll der Verhandlungen des 8. Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands

abgehalten in der Zeit vom 26. Juni bis 1. Juli 1911 in Dresden.

Das Protokoll kostet im Buchhandel 1 Mk. pro Exemplar. Die Mitglieder der Gewerkschaften erhalten dasselbe zum Selbstkostenpreis von 25 Pfennig pro Exemplar.

Der Vertrieb unter den Gewerkschaftsmitgliedern soll durch die Gewerkschaftsstellvertreter erfolgen. Wir bitten deshalb, bei den Gewerkschaften in Ihrem Orte Umfrage zu halten, wieviel Exemplare verlangt werden und nach erfolgter Feststellung uns die Zahl auf beiliegender Bestellkarte mitzuteilen. Desgleichen die Adresse, an welche die Sendung erfolgen soll.

Eine besondere Empfehlung des Protokolls an dieser Stelle dürfte nicht notwendig sein, nachdem die gesamte Tagespresse und alle Gewerkschaftsblätter auf die hohe Bedeutung der Verhandlungen des achten Gewerkschaftskongresses hingewiesen haben. Das Protokoll, das die Verhandlungen des Kongresses in ausführlicher Weise wiedergibt, verdient die weiteste Verbreitung.

### Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

J. A.: Hermann Kube.